

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp und Friederike Ebli (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

**Gespräch der Landesregierung mit Trägern von katholischen Kliniken in Rheinland-Pfalz über die Versorgung von Vergewaltigungsopfern und die „Pille danach“**

Die **Kleine Anfrage 1426** vom 8. März 2013 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung die Träger von katholischen Kliniken in Rheinland-Pfalz zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen?
2. Welche Ergebnisse konnten im Gespräch mit den Trägern erreicht werden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. März 2013 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die öffentliche Diskussion um die Versorgung einer vergewaltigten Frau durch zwei katholische Kliniken in Köln hat zu Verunsicherungen geführt und die Frage aufgeworfen, wie die Praxis in rheinland-pfälzischen in Krankenhäusern, insbesondere in Krankenhäusern, die in katholischer Trägerschaft stehen, aussieht.

Der Landesregierung ist es wichtig, dass die Krankenhäuser ihrem Versorgungsauftrag nachkommen. Um sich darüber Klarheit zu verschaffen, hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie mit den Vertretern der Träger katholischer Krankenhäuser über die Situation in Rheinland-Pfalz gesprochen.

An diesem Gespräch nahmen auch die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft katholischer Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz, Kardinal Karl Lehmann, sowie Vertreter der Diözesan-Caritasverbände teil.

Zu 2.:

Im Rahmen des Gesprächs konnten folgende Ergebnisse erreicht werden:

- Opfer einer Vergewaltigung werden in allen katholischen rheinland-pfälzischen Krankenhäusern (wie in allen anderen Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz auch) bestmöglich versorgt.
- Dazu gehört die medizinische Versorgung und die Beratung sowie die Information über die Möglichkeiten einer Empfängnisverhütung durch die Pille danach.
- Arzneimittel, die unter Berücksichtigung des neuesten Standes der medizinischen Wissenschaft eine Empfängnis verhindern, aber nicht abtreibend wirken, können von Ärzten in katholischen Krankenhäusern verordnet werden (die sogenannte „Pille danach“).

b. w.

- Die unmittelbare Versorgung richtet sich in katholischen Krankenhäusern nach den fachlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten im jeweiligen Krankenhaus.
- Dabei wirken spezialisierte Ärzte, Seelsorger, Psychologen sowie Mitarbeiter des Sozialdienstes mit.
- Bei Bedarf werden andere Krankenhäuser hinzugezogen.
- Die katholischen Krankenhäuser dokumentieren, wie andere Krankenhäuser auch, forensisch relevante Befunde und kooperieren – soweit die Frau es wünscht – mit allen zuständigen staatlichen Stellen.
- Das Institut der Rechtsmedizin der Universität Mainz wird mit Einwilligung der betroffenen Frauen zur anonymen Spurensicherung hinzugezogen.

Zu 3.:

Die Landesregierung zeigt sich in ihren Erfahrungen einer konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und den katholischen Krankenhäusern bestätigt.

Zusammen mit der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz konnte die Landesregierung den Konsens zwischen Land und katholischen Krankenhäusern hervorheben: Das Wohl der betroffenen Frauen steht im Mittelpunkt sowohl bei der medizinischen Versorgung als auch bei Bewältigung der Folgen einer Vergewaltigung.

Alexander Schweitzer  
Staatsminister